



BA VII 334

BA VII 334

Der Oberbürgermeister

Frankfurt(Oder), den 13.5.46.

Herrn

Stadtrat .G.D.U..K.V.

Frankfurt(Oder)

12. Magistratssitzung am Mittwoch, den 15.5.46, 16 Uhr

T a g e s o r d n u n g

- 1.) Protokoll der Sitzung vom 10.4.46.
- 2.) Antrag Stadtrat Haase: Entlassung aus der Stadtratstellung.
Antrag C.D.U. auf Sitz im Magistrat.
- 3.) Antrag Gesundheitsamt: Nachtragsbewilligung von Mark 15 500.-
für Instandsetzungsarbeiten im Krankenhaus Leipzigerstrasse.
- 4.) Antrag Finanzamt: Zahlung der geforderten Miete der kurmärkischen
Kleindiehlungs-G.m.b.H. für Sophienstr. 6/7 für 15.9.45 - 28.2.46 :
RM. 12 339, 25.
- 5.) Antrag Finanzamt: Nachträglicher Magistratsbeschluss betr. Miet-
abgabeforderung vom 23.12.45 . (Formelle Beschlussfassung über den
bereits bestehenden Zustand.
- 6.) Antrag antifaschistischer Frauenausschuss: Niederschlagung einer
Omnibusrechnung von Mark 220.- (Dem Ausschuss stehen Mittel nicht
zur Verfügung)
- 7.) Antrag Amt für Volksbildung: Haushalt des antifaschistischen frauen-
ausschusses Mark 1680.- vierteljährlich.
- 8.) Antrag Statistisches Amt: freiwillige Theaterföndsspende und öffent-
liche Sammlung für UFA-Theater.
- 9.) Vorlegung der Besoldungsordnung. Bezahlung der nicht besoldeten
Stadträte. Vorschlag Dr. Ruge: Die Hälfte der Gruppe 6.
- 10.) Antrag Finanzamt: Festsetzung des Hebesatzes der Zweigstellensteuer
nach dem Gewerbeertrag und Kapital auf 650 % (Anordnung der Finanz-
verwaltung Potsdam).
- 11.) Abschluss eines Mietvertrages zwischen dem Gemeindegemeinderat von
Kliestow und der Stadtverwaltung betr. die Weiterbenutzung des
kirchlichen Gemeindehauses in Kliestow als Schule.
- 12.) Antrag Sozialamt: Regelung der Umzugskosten für diejenigen Fälle,
in welchen die Einwohner auf Anordnung des Kommandanten oder der
Stadtverwaltung ihre Wohnung räumen müssen.
- 13.) Antrag Gemeindegemeinderat: Übernahme der Kosten zur Sicherung des
Hochaltars in der Marienkirche auf die Stadt (Mark 1491,33),
(da die Kirche zurzeit ohne Einkommen ist).

Frankfurt(Oder), den 12.2.46.

Der Oberbürgermeister

Herrn

Stadtrat

Frankfurt(Oder)

12. Magistratsitzung am Mittwoch, den 12.2.46, 16 Uhr

T a g e s o r d n u n g

- 1.) Protokoll der Sitzung vom 10.4.46.
- 2.) Antrag Stadtrat Hanne: Entlassung aus der Stadtratsitzung.
Antrag G.D.U. auf Sitz im Magistrat.
- 3.) Antrag Gesundheitsamt: Nachtragbewilligung von Mark 15 500.- für Instandsetzungsarbeiten im Krankenhaus Folgerstraße.
- 4.) Antrag Finanzamt: Zahlung der geforderten Miete der Kurparkischen Kleingewerbestellen G.m.b.H. für Sophienstr. 6/7 für 12.9.45 - 28.2.46 : RM. 12 759, 25.
- 5.) Antrag Finanzamt: Nachträglicher Magistratsbeschluss betr. Mieteabgabeordnung vom 23.12.45. (Formale Beschlussfassung über den bereits bestehenden Zustand.
- 6.) Antrag antischichtischen Finanzamt: Mieteabgabe einer Gewerbeordnung von Mark 220.- (Dem Gewerbe stehen Mittel nicht zur Verfügung)
- 7.) Antrag auf die Volkshilfe: Hanne hat des antischichtischen Finanzamt ausbezahlt Mark 1680.- vierteljährlich.
- 8.) Antrag Städtisches Amt: Freiwilige Theaterbesuche und Stilentliche Sammlung für UFA-Theater.
- 9.) Vorlegung der Besoldungsordnung. Bezahlung der nicht besoldeten Stadträte. Vorweisung Dr. Euge: Die Hälfte der Gruppe 6.
- 10.) Antrag Finanzamt: Festsetzung des Hebesatzes der Zweigstellensteuer nach dem Gewerbesteuer und Kapital auf 850 % (Anordnung der Finanzverwaltung Potsdam).
- 11.) Abschluss eines Mietvertrages zwischen dem Gemeindefiskus von Klostow und der Stadtverwaltung betr. die Weiterbenutzung des kirchlichen Gemeindefiskus in Klostow als Schule.
- 12.) Antrag Sozialamt: Regelung der Umzugskosten für diejenigen Fälle, in welchen die Einwohner auf Anordnung des Kommandanten oder der Stadtverwaltung ihre Wohnung räumen müssen.
- 13.) Antrag Gemeindefiskus: Übernahme der Kosten zur Sicherung des Hochaltars in der Marienkirche auf die Stadt (Mark 1401, 52), (da die Kirche bereits ohne Einkommen ist).

- 2 -

in die Best. einfließen

- 14.) Antrag Antifaschistischer Frauenausschuss: auf 2 Sitze im Stadtausschuss.
- 15.) Mitteilungen: 1.) Sterbegeld für Hinterbliebene der Bediensteten der Verwaltungen in der Provinz. *20.000,-*
- 2.) Verhalten der Stadt Havelberg bezüglich des Inventars des städt. Krankenhauses Leipziger Strasse. *gegenüber*
- 3.) Provinzialverwaltung ist nicht Rechtsnachfolgerin der faschistischen Verwaltungskörperschaften.

Der Oberbürgermeister

*K. Ruge**Frankfurt**Frankfurt**Frankfurt**Frankfurt*

Herrn
Stadtverordneter
Groschke

hier



Der Oberbürgermeister

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt (Oder) hat beschlossen, dem Herrn Stadtverordneter Groschke die Summe von 500 Mark zu bewilligen, um die Kosten der Reise nach Berlin zu decken. Die Summe wird der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt.

12.) Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt (Oder) hat beschlossen, dem Herrn Stadtverordneter Groschke die Summe von 500 Mark zu bewilligen, um die Kosten der Reise nach Berlin zu decken. Die Summe wird der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt.

14.) Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Frankfurt (Oder) hat beschlossen, dem Herrn Stadtverordneter Groschke die Summe von 500 Mark zu bewilligen, um die Kosten der Reise nach Berlin zu decken. Die Summe wird der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt.

